



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 03.02.2014

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler
Herr Erster Bürgermeister Wersch

ohne TOP 7 bis 9
TOP 7 bis 9

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber

TOPs 2 u. 3 befangen

TOPs 2 u. 3 befangen

TOPs 2 u. 3 befangen

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Zügel

Gäste:

Frau Engler, Jugend Aktiv	bis TOP 3
Herr Horstmann, Pestalozzi-Gymnasium	bis TOP 3
Frau Jeske-Wilzek, Braith-Grundschule	bis TOP 3
Herr König, Jugend Aktiv	bis TOP 3
Herr Pfab, Dollinger-Realschule	bis TOP 3
Herr Schott, Wieland-Gymnasium	bis TOP 3

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Kopf, Hochbauamt	bis TOP 5
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 3
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 3
Frau Voss, Tourismus und Stadtmarketing	
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.1.	Bürgerfragestunde - Sauberkeit in der Stadt	
1.2.	Bürgerfragestunde - Beleuchtung vor dem Traumpalast	
1.3.	Bürgerfragestunde - Pestalozzihaus	
1.4.	Bürgerfragestunde - Entwicklung Braith- und Pflugschule	
2.	Schulsozialarbeit - Evaluation und Ausbau an den Biberacher Schulen	6/2014
3.	Erhöhung städt. Zuschuss an Jugend Aktiv e.V. wegen Stellenreduzierung	247/2013
4.	Neubau Feuerwehrgebäude - Ergebnis des interdisziplinären Planungswettbewerbs - Beauftragung des Planungsteams	249/2013
5.	Mehrzweckhalle Mettenberg - Ergebnis der Mehrfachbeauftragung - Beauftragung des Architekten	10/2014
6.	Markenbildungsprozess Biberach – Sachstand und Präsentation durch Prof. Dr. Holger Held (imakomm Akademie GmbH)	251/2013 - 1
7.	Externe Organisationsuntersuchung des Kämmereiamtes: Vorstellung der Ergebnisse und Umsetzungsbeschlüsse	229/2013
8.	Neuordnung der Buchungsprozesse der Stadtverwaltung ab 2015	230/2013
9.	Neubau Räumliches Bildungszentrum - Aufhebung des Sperrvermerks auf HH-Stelle 2.2210.940000 - 105 - Umschichtung von Restmitteln	12/2014
10.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 3. und 4. Quartal 2013	7/2014
11.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2013	8/2014
12.	Fußgängerüberweg in der Birkendorfer Straße Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2013	223/2013
13.1.	Bekanntgaben - Bürgerinformation zum Berliner Platz	
13.2.	Bekanntgaben - Amtsleitung Rechnungsprüfungsamt	
14.1.	Verschiedenes - Dance Prix	
14.2.	Verschiedenes - Autofriedhof neben der Lehmgrube	
14.3.	Verschiedenes - Verkehrsführung Nordwest-Umfahrung	
14.4.	Verschiedenes - Baustelle Räumliches Bildungszentrum	
14.5.	Verschiedenes - Bebauung Berliner Platz	
14.6.	Verschiedenes - Antrag der Grünen zur Nachhaltigen Stadt	
14.7.	Verschiedenes - Befristete Stellen bei Jugend Aktiv	

Die Mitglieder wurden am 24.01.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 29.01.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1.1 Bürgerfragestunde - Sauberkeit in der Stadt

Herr Hamma spricht verschiedene Örtlichkeiten im Stadtgebiet an, die was Sauberkeit betreffe, keinen guten Eindruck vermittelten. Er nennt die B 465 aus Richtung Warthausen. Ab dem Parkplatz der KSV linker Hand sei eine Wildnis bis zum Zunftheim der Narrenzunft und ein verfallendes Gebäude. Auf der B 312 aus Richtung Ulmer Straße sei der aufgelassene Bauernhof Strudel total verwildert und es komme zu Müllablagerungen, denn wo Unrat liege komme meist noch mehr dazu. Bis fast zum Kreisel herrsche Wildnis. Weiter nennt er die Zufahrt aus Richtung Reute und linker Hand das verlassene Gehöft Gerster, das total eingewachsen und verwildert sei. Ebenfalls aus Richtung Reute auf Höhe der Abzweigung der Wetterkreuzstraße fielen als erstes Container ins Auge, die man noch vor dem Kirchturm sehe. Container bezeichnet er überall als Ärgernis, da dort auch Müll abgelagert werde, der absolut nicht dorthin gehöre. Als weiteren Schandfleck bezeichnet er die Alte Ziegelei Richtung Mittelbiberach. Das Gelände der ehemaligen Mülldeponie sei aufwendig entsorgt worden vor Jahren und nun entstehe offensichtlich ein Autofriedhof. Womöglich sei dort auch Öl abgeflossen. Gelange dieses ins Grundwasser, habe man wieder ein Problem. Er fragt, wer hierfür verantwortlich sei und bittet sich des Themas anzunehmen. Vor der Ziegelei werde schon ewig Schrott und altes Material gelagert, das längst entsorgt gehört hätte.

OB Zeidler erwidert, sicher bestehe an manchen Stellen Verbesserungsbedarf, viele Flächen befänden sich aber in Privatbesitz und die Stadt könne und dürfe sich nicht überall einmischen. Er **sagt zu**, dass die genannten Örtlichkeiten in Augenschein genommen würden.

TOP 1.2 Bürgerfragestunde - Beleuchtung vor dem Traumpalast

Floriane Kutter bringt vor, in der Vorwoche seien die Lampen der Straßenbeleuchtung vor dem „Traumpalast“ ausgewechselt worden und statt des bisher warmen Lichtes strahle nun ein blauweißes, hartes Licht. Sie fragt, wer dies entschieden habe und bittet darum, sich die Beleuchtung nachts anzusehen. Sie wirke geisterhaft und vermutlich fielen irgendwann die Vögel tot vom Himmel. Das Licht streue nun im Gegensatz zum bisherigen Kegel weit nach oben und leuchte auch in ihre Wohnung. Sie sehe jetzt noch weniger Sterne.

Dann meint sie noch, dass aus Gründen der Sparsamkeit die Giebelbeleuchtung auch auf LED umgerüstet werden sollte.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Beleuchtung werde sukzessive auf LED umgestellt. Die Beleuchtung habe Weißlicht als Grundlage gegenüber den bisher eingesetzten Natriumdampfleuchten. Auch Neubaugebiete würden entsprechend ausgerüstet. Die Beleuchtung vor dem Kino habe die für Fußgängerüberwege vorgeschriebene Lumenzahl bisher nicht erreicht. Man werde die weitere Entwicklung von LED beobachten.

Frau Kutter fügt an, bei Nebel streue das Licht noch mehr. Sie müsse jetzt ihre Rollos herunterlassen, weil auf längere Sicht nicht in dieses Licht geschaut werden könne. Es reflektiere auch von den Nachbarfenstern.

BM Kuhlmann sichert zu, die Situation überprüfen zu lassen. Die Streuung sei auch eine Frage des eingebauten Reflektors.

TOP 1.3 Bürgerfragestunde - Pestalozzihaus

Herr Brüggemann erkundigt sich nach der Beschlusslage zum Pestalozzihaus, von dessen Abriss bei den Haushaltsplanberatungen die Rede gewesen sei. Er fragt, ob es als Ausweichquartier für die Pflugschule genutzt werden könne.

BM Kuhlmann antwortet, da neue Flächen im Räumlichen Bildungszentrum für die Musikschule geschaffen worden seien, könne das Pestalozzihaus aufgrund seines baulichen Zustandes nicht mehr gehalten werden. Es werde abgerissen, sobald die Abstimmung zur weiteren Entwicklung der Pflugschule abgeschlossen sei und man es nicht mehr als Ersatz hierfür benötige.

TOP 1.4 Bürgerfragestunde - Entwicklung Braith- und Pflugschule

Gertrud Vollmer erkundigt sich nach der Entwicklung der Braith-Grundschule und der Pflugschule.

BM Kuhlmann antwortet, die Sanierung der Pflugschule sowie der Braith-Grundschule stehe zur Diskussion.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 6/2014 zur Beschlussfassung vor. Im Jupa wurde das Thema am 29.01.2014 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Die StRe Abele, Kübler und Späh sind befangen und nehmen in den Zuschauerreihen Platz.

OB Zeidler führt ins Thema ein und verdeutlicht, dass Schulsozialarbeit in Biberach bislang sehr auf Einzelfallhilfe fokussiert sei, Schulsozialarbeit aber viel mehr leisten könne, was dem Gremium dargelegt worden sei. Dies könne man aber nur gemeinsam mit der Jugendhilfe und den Schulen leisten. Die Schulsozialarbeit sei evaluiert worden und die Verträge sollten nach 5 Jahren fortgeschrieben werden. So lange müsse die Evaluation Bestand haben. Er dankt der Bruno-Frey-Stiftung, die das Projekt auch unterstütze.

StR Walter dankt für die Unterstützung und meint, mit 4,25 Stellen sei Biberach im Vergleich zu anderen Städten gut ausgestattet. Er referiert das jüngste Verfahren und zeigt sich beeindruckt vom Ergebnis der Evaluation und dass die Verwaltung zeitnah ihre Schlussfolgerungen ziehe, was erkennen lasse, dass Aufgaben von der Verwaltung zeitnah angegangen würden. Das Amt für Bildung, Betreuung und Sport, insbesondere Herr Stark, sei mit gutem Schwung aus den Wirren gekommen, was erfreulich sei. Auf Jugend Aktiv kämen weitere Aufgaben zu, das die Schulsozialarbeit konzentriert wahrnehme. Bisher werde vor allem Einzelfallarbeit betrieben und es bestehe ein Mangel in der Arbeit mit Gruppen und Klassen sowie Möglichkeiten für öffentliche Angebote und die Vernetzung der Schulen. Schulsozialarbeit sei aber auch Präventionsarbeit im eigentlichen Sinn, die nun mit den neuen Stellen angegangen werden könne. Denn Schulsozialarbeit sei kein Reparaturbetrieb von Auffälligkeiten, sondern Schüler müssten in ihrer Lebenswelt ernst- und wahrgenommen werden und sollten nicht auf ihre Fehler und Schwächen reduziert werden. Schulsozialarbeit sei auch Bildungsarbeit. Er weist in diesem Zusammenhang auf den kommunalen Bildungsplan hin. Schulsozialarbeit könne eine motivierende Rolle für Projekte übernehmen, Stärken betonen, was ein besserer Ansatz sei, als Schwächen auszumerzen. Dies werde künftig von Schulsozialarbeit erwartet. Bisher seien die Stellen fast hälftig mit männlichen und weiblichen Kräften besetzt, was bei künftigen Stellenbesetzungen auch beachtet werden sollte. Die Verlängerung um fünf Jahre bezeichne er als sinnvoll, da sich die Zusammenarbeit mit Jugend Aktiv bewährt habe.

Er dankt der Bruno-Frey-Stiftung herzlich für die Unterstützung, was auch einen Beitrag zu nachhaltigem Miteinander darstelle und ein Segen für die Biberacher Bürger sei.

StR Lemli bezeichnet die Vorlage als äußerst wichtig. Schulsozialarbeit gehöre fest zur Schule und müsse auch über den Landeshaushalt finanziert werden. Das Land habe die Bedeutung von Schulsozialarbeit erkannt, aber auch dass sie teuer sei und die Finanzierung daher den Kommunen überlassen. Die Kreis-SPD habe für eine Finanzbeteiligung gekämpft und langsam entwickle sich dies zu einer kreisweiten Angelegenheit. Die Ansiedlung bei Jugend Aktiv bezeichne er als richtig, da dort lauter Profis in der Jugendarbeit beschäftigt seien, die hervorragend arbeiteten und bewiesen hätten, dass trotz geringer Personalschlüssel zukunftsgerichtete Arbeit geleistet werde. Er dankt der Bruno-Frey-Stiftung für die Unterstützung und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Hummler bezeichnet Schulsozialarbeit als wichtigen Baustein in der Schularbeit. Die Stadt habe langjährige Erfahrung. StR Walter habe die pädagogische Qualität schön beschrieben und Herr Lemli sei auf die Vergangenheit eingegangen. Er wolle sich nach vorne orientieren. Die Evaluation habe die klare Erkenntnis erbracht, die sich im Beschlussantrag wiederfinde. Die Vorlage sei nicht nur schnell, sondern auch in gutem Niveau erstellt worden. Er dankt Herrn Stark für die übersichtliche und gut strukturierte Vorlage. Die Freien Wähler freuten sich auf die Verbesserung der Situation. Wichtig sei es, die Aufgabe breit anzulegen, sprich weg von „Feuerwehreinsätzen“ hin zu Präventionsarbeit. Bei der Jupa-Sitzung sei klar formuliert worden, dass die Schulsozialarbeit bekannt sei und auch für ältere Schüler zur Verfügung stehen sollte. Hierfür sei ein Mindestumfang erforderlich und der dargelegte Umfang absolut notwendig. Die Gesamtproblematik sei längst bei den Gymnasien angekommen und diese hätten auch die größten Klassenstärken aller Schulen. Die Diskussion über die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit an Gymnasien sei damit obsolet. Auch er dankt der Bruno-Frey-Stiftung für die Unterstützung und OB Zeidler dafür, dass er sie ins Boot geholt habe. Die Freien Wähler stimmten der Vorlage in allen Punkten zu.

StRin Sonntag lobt die Evaluation, die sehr gut zu lesen sei. Jugend Aktiv lobt sie für die bisher gut geleistete Arbeit. Sie äußert die Vermutung, dass es sicher weiter so gut laufen werde. Sie dankt namens der Grünen der Bruno-Frey-Stiftung für die finanzielle Hilfe. Eine verlässliche Finanzierung sei wichtig und eine Stadt wie Biberach sollte auch in der Lage sein, die Schulsozialarbeit weiter zu finanzieren, wenn die Bruno-Frey-Stiftung wieder andere Prioritäten setze. Präventionsarbeit sei generell besser als Feuerwehreinsätze.

StR Funk bezeichnet Schulsozialarbeit als wichtig. Er sieht darin aber eher eine Landesaufgabe über gewährte Zuschüsse hinaus. Da bei der Stadt nur rund 50 Prozent der Kosten verblieben, stimme die FDP-Fraktion zu. Dennoch bitte man um getrennte Abstimmung, da Ziffer 4 des Beschlussantrags nicht zugestimmt werde. Die FDP-Fraktion sehe Jugend Aktiv für die Freie Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und andere Aufgaben sollten aber eher bei der Stadt direkt angesiedelt werden. Als Gründe nennt er die Beratungsreihenfolge und zweitens die Mitarbeiter, die direkt bei der Stadt angesiedelt werden könnten. Man benötige keinen Verein dazwischen. Auch bei der Meinungsabfrage der Gemeinderatskollegen sei immer wieder das Argument gekommen, dass man sich bei Ansiedlung der Aufgabe bei einem Verein im Bedarfsfall schneller von den Mitarbeitern trennen könnte. Die FDP-Fraktion sehe die Mitarbeiter bei Jugend Aktiv jedoch genau gleich, wie wenn sie bei der Stadt angestellt wären.

Es erhebt sich allgemeiner Tumult in den Gemeinderatsreihen und StR Hagel meint, wenn derartige Verdächtigungen gegenüber dem gesamten Gemeinderat ausgesprochen würden, müssten die Gesprächspartner benannt werden. Dies sei keinesfalls Gemeinderatsmeinung.

Auch StR Lemli fragt StR Funk, ob diese Äußerung jemand aus der SPD-Fraktion getan habe, was StR Funk verneint. Er werde aber sicher nicht entsprechende Fragen aus den übrigen Fraktionen beantworten.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Den Ziffern 1, 2, 3 und 5 des Beschlussantrags wird einstimmig zugestimmt. Ziffer 4 wird bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Mit der Durchführung der Schulsozialarbeit an den Schulen der Stadt Biberach wird weiterhin der Verein „Jugend Aktiv e. V.“ beauftragt.**
 - 2. Dem Ausbau der Schulsozialarbeit zum Beginn des Schuljahres 2014/15 wird, wie unter Ziff. 2 dargestellt, zugestimmt.**
 - 3. Die Zustimmung zum Ausbau der Schulsozialarbeit und der Vertragsverlängerung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Verein Jugend-Aktiv e. V. bis zum Beginn des Schuljahres 2014/15 für jede Schule ein entsprechendes Konzept für die Schulsozialarbeit vorgelegt hat, das die Voraussetzungen für die Bewilligung der Landesförderung erfüllt.**
 - 4. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Vertrag mit dem Verein Jugend Aktiv e. V. entsprechend anzupassen und die Laufzeit um 5 Jahre, bis zum 31.07.2019, zu verlängern.**
 - 5. Die durch den Ausbau der Schulsozialarbeit im Haushaltsjahr 2014 voraussichtlich entstehenden Mehrausgaben werden bewilligt:**

HSt. 1.2210.634000	5.400 €
HSt. 1.2310.634000	8.800 €
HSt. 1.2320.634000	7.700 €
HSt. 1.2950.634000	20.100 €
- Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt wie unter Ziff. 4 der Vorlage Drucksache Nr. 6/2014 ausgeführt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 247/2013 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 20.01.2014 und im Jugendparlament am 29.01.2014 vorberaten und jeweils einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

OB Zeidler trägt vor, im Hauptausschuss sei noch die Frage der Abrechnung der 13.000 Euro offen gewesen. Er stellt klar, dass eine Spitzabrechnung erfolge.

StR Walter bemerkt, der Wunsch eines Mitarbeiters, den Stellenumfang zu reduzieren sei ein persönlicher Wunsch. Es sei jedoch schön, dass Frau Engler versucht habe, diese freien Stellenanteile anderweitig abzudecken und es sei eine Lösung für den Weiterbetrieb des Spielmobils gelungen.

StR Lemli sieht hierin einen Beweis, dass von Mitarbeitern mitgedacht werde und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Auch StR Heinkele erklärt, man komme dem Wunsch von Frau Engler gerne entgegen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der dauerhaften Reduzierung der Stelle Mabel Engler im Stellenplan von 80% um 20% auf 60% ab dem Jahr 2015 wird zugestimmt. Für das laufende Jahr 2014 erhält die Stelle einen Sperrvermerk von 20%.**
- 2. Der städtische Personalzuschuss an Jugend Aktiv e.V. wird um 13.000 Euro - entspricht 20% der Personalkosten der Stelle Engler in Vergütungsgruppe S12Ü - auf 78.000 Euro auf HHST 1.4600.718200 erhöht. Die Kosten dieser 20%-Personalkosten werden bis zum 1. März des Folgejahres zwischen Jugend Aktiv e. V. und der Stadt abgerechnet.**
- 3. Der überplanmäßigen Erhöhung der Haushaltsmittel um 13.000 Euro auf der HHST. 1.4600.718200 wird zugestimmt.**

TOP 4 Neubau Feuerwehrgebäude
- Ergebnis des interdisziplinären Planungswettbewerbs
- Beauftragung des Planungsteams

249/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 249/2013 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 23.01.2014 vorberaten und die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

OB Zeidler verweist auf die intensive öffentliche Vorberatung im Bauausschuss.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat spricht sich für die Realisierung der im interdisziplinären Planungswettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit aus.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabeverhandlungen im VOF-Verfahren mit dem Ziel zu führen, die folgenden Planverfasser des ersten Preises mit Planungsleistungen gem. HOAI bis Leistungsphase 3, Entwurfsplanung und Kostenberechnung, zu beauftragen:**
 - "Drei Architekten" Haag . Haffner . Stroheker, Stuttgart
 - Freianlagen: Koeber Landschaftsarchitektur, Stuttgart
 - Tragwerksplanung: Schneck Schaal Braun Ingenieurgesellschaft, Tübingen
 - Technische Ausrüstung HLS: Pfeil & Koch Ingenieurgesellschaft GmbH & Co. KG, Stuttgart
 - Technische Ausrüstung Elektro: GBI Gackstatter Beratende Ingenieure GmbH, Stuttgart

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 10/2014 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler bemerkt, das Ergebnis der Mehrfachbeauftragung habe sich gelohnt. Man habe einen Top-Hallenstandard in allen Ortsteilen. Synergien mit Schulen seien ihm bei der Auswahl wichtig gewesen.

StR Kolesch zeigt sich zufrieden mit dem Planungsergebnis und meint, entscheidend sei, dass der Ortschaftsrat und die Beteiligten Vereine extrem eng eingebunden gewesen und alle zufrieden seien. Als wichtig bezeichnet er es weiterhin, dass die Umkleiden noch etwas größer gestaltet würden und entsprechende Nacharbeit zugesagt worden sei. Er spricht die Kosten an und fragt, ob der im Haushaltsplan vorgesehene Maßstab eingehalten werden könne. Die Aussage in der Verwaltung sei hierzu etwas unklar. Er betont, dass der Abriss der bestehenden Halle in den Schulferien erfolgen und die Verwaltung dies auch darstellen können müsse.

StRin Kübler hebt darauf ab, das Ergebnis der Jury-Sitzung sei im Bauausschuss bereits mündlich vorgestellt worden. Der Entwurf der Architekten Prinz aus Ravensburg habe spontan sehr gut gefallen, vor allem die Doppelnutzung von Foyer und Schulmensa. Sie bezeichnet eine zukunftsgerichtete und funktionelle Planung als wichtig und dass der Ortschaftsrat gehört werde. Dieser habe sich eindeutig für den Entwurf ausgesprochen, weshalb die SPD-Fraktion gerne zustimme. Die Beanstandungen beziehungsweise Bedenken bezüglich der Umkleiden könnten hoffentlich zu aller Zufriedenheit gelöst werden. Die Aussage von Ortsvorsteher Krause, dass nicht alle Sportbelange berücksichtigt werden könnten, habe aufhorchen lassen, aber solange keine Sicherheitsbedenken bestünden, sei dies akzeptabel. Sie bittet jedoch darzulegen, was genau dies bedeute.

StR Heinkele gibt zu verstehen, dass ein Abbruch der bestehenden Halle in den Schulferien vorteilhaft wäre. Ferner bezeichnet er es als wichtig, dass Ortschaftsrat und Vereinsvertreter in die Planung eingebunden würden. Die Freien Wähler gingen davon aus, dass der Neubau von einer großen Bevölkerungsmehrheit gewünscht werde. Er lobt die hohe Funktionalität des Entwurfs und das vorgesehene Satteldach. Eine Vergrößerung der Umkleiden treffe auf volle Zustimmung der Freien Wähler.

StR Weber zeigt sich erfreut, dass die Entwicklung so weit gediehen sei. Ortschaftsrat und Vereine seien eingebunden und es sei auch positiv, dass nun noch gemeinsam Nachbesserungen des Entwurfs möglich seien. Der wunderbare, offene Eingang Sorge für einen herzlichen Empfang. Gut sei auch der Standort mitten im Dorf, was weniger Fahrbeziehungen erforderlich mache und dass auch Schule und Ganztagsbereich in der Nähe angesiedelt seien.

StR Braig meint, da Experten und Betroffene zustimmten, wage er nicht dagegen zu sein, auch was die angesprochenen Verbesserungen betreffe.

BM Kuhlmann verdeutlicht, dass aktuell keine verlässlichen Kosten genannt werden könnten. Ziel sei es, den im Haushalt genannten Kostenrahmen zu halten. Gleiches gelte für die Zeitschiene, die im Detail mit den Architekten mit dem Ziel abgestimmt werden müsse, den Abriss in den Sommerferien durchzuführen. Höchste Prämisse habe jedoch eine sorgfältige Planung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der von der Jury einstimmig zur Realisierung empfohlene Entwurf des Architekturbüros Prinz, Ravensburg, für den Neubau der Mehrzweckhalle Mettenberg wird umgesetzt.**
- 2. Das Architekturbüro Prinz wird mit den Architektenleistungen bis Leistungsphase vier, Genehmigungsplanung, beauftragt.**

TOP 6 Markenbildungsprozess Biberach – Sachstand und Präsentation durch 251/2013 - 1
Prof. Dr. Holger Held (imakomm Akademie GmbH)

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 251/2013-1 zur Information vor.

OB Zeidler dankt allen Beteiligten für ihr bisheriges Engagement. 1.165 Personen hätten sich an der Umfrage beteiligt. Er nennt die Aufteilung auf Biberacher, Studenten und das Umland und lässt wissen, dass durchaus kreative Ansätze bei den Vorschlägen dabei seien.

Anschließend präsentiert Prof. Dr. Holger Held den Sachstand der Projektgruppe. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Vorgabe für die Projektgruppe sei eine klare Positionierung durch die Markenbildung und damit eine klare Aussage zur Positionierung mit dem Fokus auf bestimmte Zielgruppen gewesen. Dies seien Studierende, Fachkräfte und Biberach als attraktive Einkaufs- und Handelsstadt. Im nächsten Schritt habe man eruiert, was für diese Zielgruppen wichtig sei. Bei dieser Fokussierung könne man nicht alles erreichen, was aber nicht bedeute, dass ein Punkt keine Relevanz habe. Er spricht für eine identitätsgeführte Markenbildung, sprich man wolle nicht schnell einen Spruch finden, sondern einen langfristigen Markenbildungsprozess in Gang setzen. Er trifft die Aussage, lieber keinen Slogan zu haben als einen schlechten. Es sei schwer, viele Facetten in einen Spruch zu fassen. Wichtig sei, dass dieser gespürt und gelebt werde und dass deswegen viele nach Biberach kämen. Vergleichbar dem Ansatz von Winterthur habe man 13 Erfolgsfaktoren für die künftige Ausrichtung formuliert, quasi Handlungsrichtlinien für die tägliche Arbeit. Denn das Handeln präge entscheidend die Marke.

In Biberach seien objektiv nachprüfbar Einzigartigkeiten vorhanden. Die Repräsentativität der Bürgerbefragung sei am höchsten. Die der Studierenden-Befragung an der Grenze. Die Unternehmensbefragung sei zahlenmäßig nicht repräsentativ und hier könne man nur Trends ablesen. In vielen Werten sei eine große Übereinstimmung in der Einschätzung bei den einzelnen Gruppen feststellbar und als besonders wichtig würden die Werte Tradition, Lebensqualität und Wachstum eingeschätzt. Eine hohe Entsprechung zwischen den Gruppen unterstreiche die Verlässlichkeit der Daten. Schwächen konzentrierten sich auf die Ausgelmöglichkeiten und das Thema Freizeit. Hier bestehe ein eindeutiger Handlungsauftrag. Auch müssten Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden. Es bestehe zu wenig Kontakt zwischen Hochschule und Unternehmen. Dass Biberach als attraktiver Wirtschaftsstandort gesehen werde, bezeichnet er als wichtiges Pfund, das gestärkt werden müsse. Man müsse Studenten etwas bieten, damit sie in Biberach blieben, zumal die Unternehmen Bedarf an Fachkräften genannt hätten. Zu den vorgeschlagenen Leuchtturmprojekten legt er dar, dass diese Aufmerksamkeit erwecken sollten, es aber der politischen Entscheidung obliege, ob diese oder andere Projekte umgesetzt würden. Er empfiehlt, sich auf drei Bereiche zu fokussieren und darauf aufbauend einen Slogan zu finden. Nun habe man jedenfalls eine belastbare Grundlage für den Markenbildungsprozess.

StR Abele meint, es sei gut, wenn das von vielen Gefühlte objektiv belegt werde, zumal die Zahlen nach seiner Kenntnis stimmig seien und Bestand hätten. Tradition, Standort und Bildung seien auch vom Gemeinderat in seiner Arbeit sehr wichtig genommene Themen. Daher starte man mit guten Aktivitäten aus der Politik und was aus der Stadt von Handel, Wirtschaft und der Bürgerschaft im Ehrenamt gemacht werde. Er spricht auch die jüngst sehr guten Noten des Einzelhandelskompendiums an, die bestätigten, dass eine Basis vorhanden sei, auf der aufgesetzt werden könne. Die vorgeschlagenen nächsten Schritte bezeichnet er als nachvollziehbar. Er stimmt zu, das Thema ganzheitlich anzugehen und wenn dabei am Ende ein guter Slogan stehe, sei dies in

Ordnung, die Schritte zuvor seien aber wichtiger. Er bezeichnet es auch als richtig, Leuchtturmprojekte zu definieren und diese mit verbindenden Elementen zusammenzuführen. Besonders wichtig sei eine Priorisierung. Der Projektgruppe bescheinigt er sehr gute Qualität und großen Sachverstand, weshalb es sinnvoll sei, sie als gutes Korrektiv weiterhin einzubinden. Er dankt allen Beteiligten und zeigt sich gespannt auf die nächsten Schritte. Von der CDU-Fraktion komme das Signal, auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

StR Keil meint, das bisher erreichte Ergebnis sei bereits so ertragreich, dass schon genügend Aufgaben, Ergebnisse und Probleme aufgetan seien, die Arbeit für eine Gemeinderatsperiode böten. Problematisch sei, dass Biberach für sehr vieles stehe. Seine Frau und ihn habe der Spruch „Von der Reformation zum Reagenzglas“ nach Biberach gebracht. Er bezeichnet es als problematisch, eine Marke zu prägen, da Biberach nicht nur ein Alleinstellungsmerkmal habe, sondern viele gleichwertige. Der bestehende Slogan habe den Vorteil, dass er bereits etwas eingeführt sei und ihm sei noch nicht ganz klar, warum man ihn aufgeben solle. Von einer Marke zu sprechen bringe auch Gefahren, da Marken auch scheitern könnten. Den Markenstein von einer Stadt wie Biberach herauszukristallisieren unterscheide sich gravierend von einer normalen Marke. Markenbildung sollte auch nach innen wirken, damit jemand der in Biberach lebe, sich mit der Stadt identifiziere. Biberach sei kein Produkt und keine Handlung, keine Sendung und keine Person, sondern viel mehr. Gut finde er die Idee der personellen Repräsentanz mit Markenbotschaftern.

StRin Goeth erschien der Vortrag von Prof. Dr. Held schlüssig und stimmig und sie meint, Biberach sei auf dem richtigen Weg. Es sei fast ein Nachteil, dass Biberach so breit aufgestellt sei und so viele Stärken habe. Sie stimmt der Einschätzung zu, lieber keinen Slogan zu entwickeln als einen schlechten, insgesamt fände sie es aber gut, einen Slogan zu haben. Sie bezeichnet es als wichtig, ein positives Stadtimage zu entwickeln, das von anderen abhebe, vielleicht über Süddeutschland hinaus, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen. Sie stimmt zu, dass die Leuchttürme interessante Ideen darstellten, mahnt aber, sich nicht zu verzetteln. Maßnahmen müssten sich einem Leitziel unterordnen.

StR Späh bezeichnet die Zukunftsentwicklung als Ziel der Markenbildung. Erstaunt habe ihn die große Übereinstimmung der einzelnen Gruppen bei der Befragung. Er fragt, ob auf den bestehenden Slogan aufgebaut werden könnte und die Ausrichtung stärker in diese Richtung erfolgte, ehe eine neue Richtung eingeschlagen werde. Für viele habe sich der Slogan schon in gewissem Maß verfestigt. Leuchttürme bezeichnet er als guten Weg für die weitere Vorgehensweise.

StR Braig meint, ein Slogan sei wenn überhaupt dann der letzte Schritt des Projekts. Die Grundlagenarbeit sei erbracht und nun sei es wichtig, mit den genannten Akteuren weiterzuarbeiten. Der Slogan „Traditionell weltoffen“ sei ein Schützenfestgag und habe nichts mit einem Slogan im eigentlichen Sinn zu tun.

Prof. Dr. Held meint, die Diskussion zeige die intensive Beschäftigung des Gremiums mit dem Thema. Die Beantwortung aller Fragen würde eine Stunde in Anspruch nehmen. Letztlich drehe es sich jedoch immer um den Slogan. Er meint, es wäre der bessere Weg, erst den Effekt zu schaffen. Den Effekt nach innen hätte man automatisch mit den Leuchttürmen. Nun kämen Kreativität und Ideen ins Spiel und dann könne der Markenbildungsprozess arbeiten. Dies koste dann natürlich Geld und binde Ressourcen. Man werde vermutlich keine sechs Leuchttürme schaffen, sondern vielleicht zwei oder drei und dann habe man automatisch auch die Botschafter mit den Leuten, die hiervon begeistert seien. Damit erübrige sich auch die Suche von Botschaftern. Er bestätigt,

dass die Stadt kein Produkt sei, sondern ein sehr komplexes System. Jetzt eine Werbeagentur einzuschalten sei der richtige Zeitpunkt und bringe vielleicht auch Impulse für die künftige Arbeit.

Es wird applaudiert.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 229/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im im Hauptausschuss am 20.01.2014.

Da die Vorlage ursprünglich vor der Verabschiedung des Haushaltsplans 2013 hätte beraten werden sollen, der Gemeinderat aber im Vorgriff auf die Beratung den Stellenplan entsprechend anpasste, muss Ziffer 3 des Beschlussantrags wie folgt lauten: „3. Über den Stellenmehrbedarf und die Entfristung im Kämmereiamt wurde im Rahmen des Stellenplans wie beantragt entschieden. Die dabei angebrachten Sperrvermerke werden aufgehoben.“

StR Hagel führt aus, das Gutachten werde in allen Punkten von der CDU-Fraktion anerkannt und nun gehe es an dessen Umsetzung. Die CDU-Fraktion sage Ja zum Beteiligungsmanagement, dessen Notwendigkeit gegeben sei, allerdings ohne zusätzliche Stelle. Gleiches gelte für die zentrale Bearbeitung von Stundungen. Ferner signalisiert er Zustimmung vom Wechsel von der Finanzbuchhaltung zur Geschäftsbuchhaltung und spricht den Mitarbeitern ein Kompliment dafür aus, sich dieser neuen, sehr aufwendigen Aufgabe zu widmen. Es sei nachvollziehbar, dass hierfür der Aufwand steige, wobei er aktuell nicht davon ausgehe, dass weitere 0,75 Stellen nach der Einführung der Doppik erforderlich würden. Er zollt der Kämmerei Lob, denn das Gutachten bescheinige hervorragende Arbeit und dass man auf dem richtigen Weg sei. Damit der Aufwand sich lohne, sei es wichtig, ein zentrales Controlling zu schaffen. Die Entscheidungsträger sollten aus einer guten Kostenrechnung heraus leichter Entscheidungen treffen können.

StRin Kübler zollt ebenfalls Anerkennung für das Ergebnis des Gutachtens und das Lob für die Mitarbeiter durch den Gutachter. Hierauf könne das Kämmereiamt stolz sein. Auch die SPD-Fraktion danke hierfür und habe die Hoffnung, dass mit dem Beschluss etwas Druck aus der Arbeit genommen werde. Sie bezeichnet ebenfalls ein zentrales Controlling als enorm wichtig. Gleiches gelte für das Beteiligungsmanagement.

StRin Goeth meint, aufgrund der Projektfülle sei die Kämmerei seit einiger Zeit an der Kapazitätsgrenze und nun komme noch die Doppik dazu. Dass hierfür mehr Stellen erforderlich seien, sei nicht überraschend. Sie gratuliert zum Lob der Gutachter.

Auch StR Späh sieht namens der Grünen die Notwendigkeit für mehr Stellen für die gute Arbeit, die erbracht werde. Er bezeichnet ein aktiveres Beteiligungsmanagement als wichtig, da bisher Defizite bestünden. Ob weiterer Personalbedarf für die Doppik entstehe sei darzustellen und bei Bedarf werde zugestimmt.

StR Funk schließt sich dem Dank seiner Vorredner an und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Er bezeichnet das Beteiligungsmanagement als wichtig und bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass es erst jetzt thematisiert werde, da das Unternehmen schon vor 14 Jahren gebildet worden sei. Die FDP-Fraktion hätte einem Beteiligungsmanagement auch schon früher zugestimmt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Ergebnisse des externen Gutachtens werden anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Verbesserungen und Empfehlungen in eigener Zuständigkeit umzusetzen, sofern die notwendigen Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere soll
 - a. ein aktives Beteiligungsmanagements eingeführt werden,
 - b. die Bearbeitung von Stundungen beim Kämmereiamt zentral erfolgen und die Zuständigkeit für die Beantragung von Erzwingungshaft vom Ordnungsamt auf das Kämmereiamt übergehen.
3. Über den Stellenmehrbedarf und die Entfristung im Kämmereiamt wurde im Rahmen des Stellenplans wie beantragt entschieden. Die dabei angebrachten Sperrvermerke werden aufgehoben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 230/2013 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 20.01.2014 vorbereitet und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Aufgrund der später als ursprünglich vorgesehenen Beratung erst nach der Verabschiedung des Haushaltsplans muss Ziffer 3 des Beschlussantrags redaktionell geändert werden und erhält folgenden Wortlaut: „3. Die Kämmerei erhält hierfür insgesamt 3,25 zusätzliche Stellen: 1,0 in 2014 und 2,25 in 2015. Der Sperrvermerk an der Stelle im Stellenplan 2014 wird aufgehoben.“

StR Hagel bezeichnet die zentrale Buchhaltung als sinnvoll und signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StRin Kübler führt aus, in der Vorberatung seien von ihrer Fraktion Bedenken geäußert worden, ob eine zentrale Buchung sich negativ auf die Effizienz auswirke. Sie bezeichnet Transparenz und Kommunikation mit den Fachämtern als wichtig, zumal oft Detailkenntnisse erforderlich seien. Da nach Auskunft der Verwaltung keine Doppelstrukturen aufgebaut würden, stimme die SPD-Fraktion zu.

StRin Goeth meint, eine dezentrale Verbuchung sei offensichtlich nicht mehr zeitgemäß, weshalb die Freien Wähler trotz des Wermutstropfens der Personalaufstockung zustimmten.

StR Späh bezeichnet einen sanften Übergang als wichtig. Die Vorteile einer zentralen Buchung überwiegen. Er bezeichnet einen Bericht zum Prozessablauf als wichtig, um gegebenenfalls nachsteuern zu können.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Kapfer, Keil) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verbuchung aller Geschäftsvorfälle der Stadt Biberach sowie bei der Hospitalstiftung erfolgt künftig vollzentral beim Kämmereiamt.**
- 2. Die Verwaltung wird mit der schrittweisen Umsetzung bis Ende 2015 beauftragt.**
- 3. Die Kämmerei erhält hierfür insgesamt 3,25 zusätzliche Stellen: 1,0 in 2014 und 2,25 in 2015. Der Sperrvermerk an der Stelle im Stellenplan 2014 wird aufgehoben.**
- 4. Die Dezernate bauen bis 2017 Stellenanteile im Gesamtumfang von 1,3 Stellen ab.**

TOP 9 Neubau Räumliches Bildungszentrum
- Aufhebung des Sperrvermerks auf HH-Stelle 2.2210.940000 - 105
- Umschichtung von Restmitteln

12/2014

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 12/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Sperrvermerk auf HH-Stelle 2.2210105.940000 auf Baumitteln in Höhe von 2 Mio. Euro wird aufgehoben.**

- 3. Die Verwaltung wird ermächtigt, bei den folgenden Haushaltsstellen für Maßnahmen des RBZ nicht mehr benötigte Restmittel zu sperren und bei einer anderen der genannten Haushaltsstellen in maximal derselben Höhe überplanmäßig bereitzustellen:**
 - 2.2210105.940000 – RBZ-allgemein**
(einschließlich Ausstattung Mensa.2.2210105.940100),
 - 2.5612100.940000 – RBZ-Sporthalle,**
 - 2.5620103.940000 – Umkleidegebäude Erlenweg,**
 - 2.6300.300951305 – Verkehrsanlagen (66),**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 7/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1, 2 und 3 von Drucksache Nr. 7/2014 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 8/2014 zur Information vor.

Die Fraktionen würdigen die Haushaltslage und vereinzelt werden Fragen gestellt.

StRin Kübler spricht das Darlehen über 3 Mio. Euro an den Hospital an. Mitte 2013 habe man überplanmäßige Mittel in Höhe von 3,5 Mio. Euro für den Hospital beschlossen. Sie fragt, in welcher Höhe das Darlehen tatsächlich gewährt worden sei.

StR Späh erkundigt sich, ob Nachholbedarf bei Grundstücksveräußerungen bestehe.

StR Funk mahnt, bei Grundstücksgeschäften während des Jahres den Gemeinderat mehr darüber zu informieren, was laufe.

EBM Wersch lässt wissen, ein Großteil bei den Grundstücksgeschäften entfalle auf den Verkauf der Dollinger-Realschule, bei dem man den Zahlungseingang verschoben habe. Es bestünden Irritationen mit dem Land bezüglich der Schulbauförderung, das Verkaufserlöse des Gebäudes in Höhe von rund 3 Mio. Euro als nicht förderfähig bezeichne. Er bezeichnet die Zusammenarbeit mit dem Land und dem Finanzministerium als nicht schlecht, der Vorgang werde aber sicher klargestellt.

Zum Darlehen an den Hospital spricht Frau Leonhardt von einem Haushaltsausgaberest in Höhe von 3,5 Mio. Euro, wovon 3 Mio. Euro auf die Hospitalsanierung und eine halbe Million auf den Görlitzweg entfielen. Über das städtische Darlehen sei 2012 ein Haushaltsausgaberest gebildet worden.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 223/2013 zur Information vor.

BM Kuhlmann erläutert den Sachverhalt.

StR Keil bringt vor, man vernehme und teile den Wunsch aller Beteiligten, den Verkehr erträglicher, angenehmer und sicherer zu machen. Unfälle fänden vorwiegend innerorts und oft mit Kindern statt. Der Stellenwert der Verkehrssicherheit müsse daher für alle erhöht werden.

StR Abele erinnert an den Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Verkehrssicherheit und den Schriftverkehr des Ortschaftsrats Rißegg und der Ortsverwaltung, Schwellen vor dem Kindergarten einzubauen.

StR Hummler bezeichnet die Argumente als schlüssig, dass man nicht frei in der Entscheidung sei, sondern sich an Vorgaben orientieren müsse.

StR Späh meint, man müsse sich generell um Verkehrssicherheit kümmern und neuralgische Punkte im Auge behalten. Eventuell könnten die Bürger über eine LED-Beleuchtung sensibilisiert werden. In diesem Zusammenhang spricht er das Provisorium in der Schlierenbachstraße an der Einmündung in die Rißegger Steige an und fragt, wie es hier weitergehe.

StR Braig meint, die Stellungnahme der Verwaltung verweise auf Richtlinien und Regelungen. Ferner würden Verkehrsschauen durchgeführt und Zählungen vorgenommen. Es seien also viele Fakten vorhanden und zum Glück verzeichne man keine Unfälle in der Birkendorfer Straße. Er finde es daher nicht sinnvoll, über dieses Thema noch lange zu diskutieren.

BM Kuhlmann lässt zur Schlierenbachstraße wissen, aktuell denke man über weitere Alternativen nach, nicht nur was diesen Bereich betreffe. Hierzu erfolgten im Laufe des Jahres Vorschläge. Das Thema Sicherheit stehe bei allen Verantwortlichen ganz oben auf der Agenda. Jede Bürgerbeschwerde in diesem Bereich gehe an das Ordnungsamt und werde von dort in Verkehrsschauen aufgegriffen. Auch mit dem Radwegekonzept arbeite man bereits konzeptionell. Auf Nachfrage bestätigt er, dass im konkreten Fall auch auf die Kindergärtnerinnen zugegangen und mit ihnen kommuniziert worden sei.

OB Zeidler bietet ergänzend an, die Informationsvorlage dem Kindergarten zu schicken. Er regt an, in die Verkehrskommission auch Vertreter der Fraktionen aufzunehmen, so dies gewünscht werde.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 13.1 Bekanntgaben - Bürgerinformation zum Berliner Platz

OB Zeidler berichtet auf Wunsch des Ältestenrats über die bereits durchgeführten Informationsveranstaltungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Berliner Platz. Im Bauausschuss am 13.12. und im Gemeinderat am 20.12. im Jahr 2012 sei die Entwicklung des Berliner Platzes öffentlich beraten und diskutiert worden. Zuvor habe eine Informationsveranstaltung stattgefunden, zu der öffentlich eingeladen worden sei, an der aber nur 25 Personen teilgenommen hätten. Bereits am 05.12.2012, unmittelbar nach dem Bauausschuss, habe die Schwäbische Zeitung berichtet. Nur ein Anwohner habe Bedenken geäußert und dies in der Vorlage Niederschlag gefunden. Ansonsten habe es keinerlei Reaktionen oder Leserbriefe gegeben. Daher seien sowohl Gemeinderat als auch Verwaltung 2013 davon ausgegangen, dass das Vorhaben in der Bevölkerung tragbar sei. Die Leserbriefe und Stellungnahmen der letzten Wochen und Tage zeigten etwas anderes, dies werde in künftige Abwägungen einbezogen. Die sehr transparente Arbeit des Baudezernates zum Teil auch persönlich zu verunglimpfen sei daher nicht angebracht. Ferner sei der Vorgang nicht geeignet, Unwahrheiten zu verbreiten, wie teilweise in Leserbriefen praktiziert.

Es wird applaudiert.

TOP 13.2 Bekanntgaben - Amtsleitung Rechnungsprüfungsamt

OB Zeidler stellt Frau Werner, die neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamts vor, die an diesem Tag ihre Arbeit in Biberach aufgenommen hat. Er wünscht ihr einen guten Start und eine gute Einarbeitungszeit.

Es wird applaudiert.

TOP 14.1 Verschiedenes - Dance Prix

StR Kolesch bezeichnet den Dance Prix als fantastische Veranstaltung und meint, es wäre schön, wenn so etwas regelmäßig angeboten werden könnte. Der Ablauf und die Organisation seien sicher optimierbar. Alle seien vom großen Zuspruch überrascht gewesen.

TOP 14.2 Verschiedenes - Autofriedhof neben der Lehmgrube

StR Keil spricht den in der Bürgerfragestunde thematisierten Autofriedhof neben der Lehmgrube an. Die Lehmgrube sei von der Stadt sehr aufwendig saniert worden und daneben habe ein Betrieb seiner Vermutung nach größtenteils auf Gemarkung Mittelbiberach etwas „angerichtet“. Er bezeichnet diesen Zustand als in jeder Hinsicht unansehnlich.

TOP 14.3 Verschiedenes - Verkehrsführung Nordwest-Umfahrung

StR Lemli bringt vor, bei der Nordwest-Umfahrung sei es zu einigen Unfällen auf Höhe Kreuzung Handtmann gekommen. Nur einen Unfall habe es bei der Auffahrt gegeben. Er habe des öfteren gehört, dass von oben herunter zu schnell gefahren werde. Er fragt, wann die Situation analysiert und gehandelt werde.

BM Kuhlmann antwortet, die neue Verkehrsführung werde vom Kreis und der Verkehrsschau analysiert. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung werde dabei sicher ein Thema sein.

TOP 14.4 Verschiedenes - Baustelle Räumliches Bildungszentrum

StR Lemli bringt vor, er sei auf die Bushaltestelle beim Räumlichen Bildungszentrum angesprochen worden und dass wie beim Bischof-Sproll-Bildungszentrum weiße Linien angebracht werden sollten. Es habe sich bewährt, dass Kinder hinter dieser weißen Linie auf den Bus warteten.

BM Kuhlmann warnt vor Schnellschüssen. Vieles habe mit dem Verhalten zu tun und dass beispielsweise Eltern ihre Kinder ablieferten und dabei die Straße verbotswidrig nutzten und Busse behinderten. Eine weiße Linie erachte er nicht als gute Lösung. Dagegen sei ein Kassler Bord für Busse deutlich sichtbar. Man wolle über die Schule versuchen, eine Verhaltensänderung zu erreichen. Dabei sei die Rücksichtnahme aller erforderlich. Man habe eine Haltebucht in der Hans-Liebherr-Straße für den Elternbringdienst eingerichtet und dies auch über die Schule kommuniziert.

TOP 14.5 Verschiedenes - Bebauung Berliner Platz

StR Abele bringt vor, die Bürger seien aktuell über bestimmte Vorgänge in Sorge und brächten dies über Leserbriefe zum Ausdruck. Diese Sorgen und Nöte müsse man aufgreifen. Er nennt den geplanten Rewe-Markt in der Berthold-Hupmann-Straße, den Biomassehof Zell, den Berliner Platz und meint, weitere Themen dieser Art würden kommen. Dies erfordere einen offenen und transparenten Umgang. Bürgerinformationen seien auch zwischen Verfahrensschritten zum aktuellen Stand erforderlich, damit Bürger nicht verunsichert würden. Er spricht von einer begleitenden Projektinformation über BIBERACH KOMMUNAL und das Internet. Selbst wenn es nichts mitzuteilen gebe, könne man dies kommunizieren. Er regt eine Broschüre über die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an, die ja zum Teil sehr weitgehend seien.

TOP 14.6 Verschiedenes - Antrag der Grünen zur Nachhaltigen Stadt

StR Abele bringt vor, der Antrag der Grünen zum Thema Nachhaltige Stadt gebe mehr oder weniger das wieder, was im Rahmen der energiepolitischen Offensive beschlossen worden sei.

TOP 14.7 Verschiedenes - Befristete Stellen bei Jugend Aktiv

StR Funk bringt vor, der Gemeinderat habe sich darauf geeinigt, Stellenbefristungen nur in Ausnahmefällen zu beschließen. Mit Jugend Aktiv sei aber im Rahmen der Beschlüsse zur Schulsozialarbeit genau dies gemacht worden.

Gemeinderat, 03.02.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann